

Einen Versuch beim Fahrlässigkeitsdelikt gibt es nicht. Zudem wäre die Lawinengefahr auch bei Kenntnis der Sprengungen nicht vorhersehbar und die Fahrt durch den Hang nicht sorgfaltswidrig gewesen. Auch wenn das Verhalten des Beschwerdeführers, das gesicherte Skipistennetz mit einer Gruppe ihm anvertrauter Kinder bei erheblicher Lawinengefahr zu verlassen, verantwortungslos und nicht nachvollziehbar ist, war dies vorliegend mangels objektiv vorhersehbarer Lawinengefahr strafrechtlich nicht sorgfaltswidrig. Der Beschwerdeführer hatte in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht schlichtweg Glück, dass die A. AG an den von ihm befahrenen Hang zuvor Sprengungen vorgenommen hatten, eine Lawinengefahr nicht vorhersehbar war und es letztlich zu keinen gravierenden Folgen mit Personenschäden kam.

1.4.2. Die Beschwerde erweist sich als begründet, weshalb die weiteren, zum Teil ohne rechtlichen Bezug und unsachlichen Rügen des Beschwerdeführers nicht zu behandeln sind.

[...]

Nr. 17 Bundesgericht, Strafrechtliche Abteilung, Urteil vom 15. Januar 2016 i. S. Oberstaatsanwaltschaft des Kantons Zürich gegen X. – 6B_608/2015 (BGE 142 IV 11)

Art. 97 Abs. 3 StGB; Art. 354 StPO: Ende der Verfolgungsverjährung; Strafbefehl; Einsprache.

Der Strafbefehl stellt einen Urteilsvorschlag dar, welchen der Beschuldigte, indem er Einsprache erhebt, frei ablehnen kann. Soweit die Einsprache den Strafbefehl mit Wirkung *ex tunc* zunichtemacht, fehlt Letzterem die Eigenschaften eines den Lauf der Verfolgungsverjährung beendigenden erstinstanzlichen Urteils (Aufgabe der vor Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung geltenden Rechtsprechung). (Regeste der Anmerkungsverfasser)

Art. 97 al. 3 CP; art. 354 CPP: fin de la prescription de l'action pénale; ordonnance pénale; opposition.

L'ordonnance pénale constitue une proposition de jugement, que le prévenu est libre de refuser en formant opposition. Dans la mesure où l'opposition a pour effet de mettre l'ordonnance pénale à néant avec effet *ex tunc*, il manque à cette dernière les caractéristiques d'un jugement de première instance mettant fin au cours de la prescription de l'action pénale (abandon de la jurisprudence antérieure à l'entrée en vigueur du code de procédure pénale suisse). (Résumé des auteurs du commentaire)

Art. 97 cpv. 3 CP; art. 354 CPP: fine della prescrizione dell'azione penale; decreto d'accusa; opposizione.

Il decreto d'accusa costituisce una proposta di sentenza che l'imputato è libero di rifiutare interponendo opposizione. Nella misura in cui l'opposizione ha per effetto di annullare con effetto *ex tunc* il decreto penale, a quest'ultimo mancano le caratteristiche di una sentenza di primo grado che mette fine al decorso della prescrizione dell'azione penale (abbandono della giurisprudenza valida prima dell'entrata in vigore del Codice di procedura penale svizzero). (Regesto degli autori dell'annotazione)

Sachverhalt:

Am 12. Oktober 2011 erliess das Stadtrichteramt Zürich gegen X. einen Strafbefehl wegen Überschreitens der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit innerorts um 16 km/h, begangen am 15. April 2011, und bestrafte ihn mit einer Busse von Fr. 290.–. Dagegen erhob X. Einsprache, worauf das Stadtrichteramt die Akten nach ergänzenden Untersuchungshandlungen am 14. November 2013 an das Bezirksgericht Zürich überwies.

Am 24. Juni 2014 bestrafte das Bezirksgericht Zürich X. wegen Überschreitens der Höchstgeschwindigkeit mit einer Busse von Fr. 290.–. Dagegen erhob X. Berufung. Das Obergericht des Kantons Zürich stellte am 15. April 2015 das Verfahren gegen X. wegen Verjährung ein.

Gegen dieses Urteil erhebt die Oberstaatsanwaltschaft Zürich Beschwerde in Strafsachen vor dem Bundesgericht. Sie verlangt die Aufhebung des obergerichtlichen Urteils und die Bestrafung von X., eventualiter eine Rückweisung der Sache an die Vorinstanz.

Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.

Aus den Erwägungen:

1.

1.1. Die Beschwerdeführerin rügt, das Obergericht habe das Verfahren zu Unrecht wegen Eintritts der Verfolgungsverjährung eingestellt und damit Bundesrecht verletzt. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts (Urteil 6B_775/2009 vom 18. Februar 2010 E. 2.1) stelle eine Strafverfügung des Statthalteramtes ein erstinstanzliches Urteil im Sinne von Art. 97 Abs. 3 StGB dar, wenn sie auf einer umfassenden Grundlage beruht und in einem kontradiktorischen Verfahren erlassen wurde. Vorliegend habe das Stadtrichteramt am 12. Oktober 2011 einen Strafbefehl erlassen, wogegen der Beschwerdegegner Einsprache erhoben habe. Nach ergänzenden Untersuchungen habe das Stadtrichteramt am Strafbefehl festgehalten und das Verfahren am 14. November 2013 an das Gericht überwiesen. Spätestens ab diesem Tag laufe die Verjährung nicht mehr. Die Beschwerdeführerin weist darauf hin, dass Ziel und Zweck der Verjährungsreform gewesen sei, die Verjährung möglichst an einem einheitlich festgelegten prozessualen Punkt und unabhängig von Rechtsmittelwegen anzuknüpfen. Es sei un-

bestritten, dass der Inhalt des Entscheides (Einstellung des Verfahrens oder Strafbefehl) verjährungsrechtlich keine Rolle spiele. Ebenso werde anerkannt, dass Strafbefehle, welche in formelle Rechtskraft erwachsen, resolutiv bedingt auf den Zeitpunkt der Eröffnung die Verfolgungsverjährung unterbrechen, da sie von Gesetzes wegen Urteilen gleichgestellt sind. Dies müsse folgerichtig auch gelten, wenn gegen den Strafbefehl ein Rechtsmittel ergriffen werde.

1.2.

1.2.1. Bei der dem Beschwerdegegner zur Last gelegten Verkehrsregelverletzung handelt es sich um eine Übertretung. Übertretungen verjähren hinsichtlich Strafverfolgung und Strafe in drei Jahren (Art. 109 StGB). Die Verfolgungsverjährung tritt nicht mehr ein, wenn vor Ablauf dieser Frist ein erstinstanzliches Urteil ergangen ist (Art. 97 Abs. 3 StGB).

Das Bundesgericht hielt in BGE 133 IV 112 E. 9.4.4 fest, dass eine Strafverfügung nach Art. 70 VStrR wie ein erstinstanzliches Urteil im Sinne von Art. 70 Abs. 3 StGB (heute Art. 97 Abs. 3 StGB) zu behandeln sei. Es erwog, dass im Verwaltungsstrafverfahren der angeschuldigten Person weitgehende Mitwirkungsrechte eingeräumt würden. Gegen einen Strafbescheid der Verwaltung (Art. 64 VStrR) könne diese Einsprache erheben. Die Verwaltung habe alsdann den angefochtenen Bescheid neu zu prüfen und eine Strafverfügung nach Art. 70 VStrR zu treffen, welche zu begründen sei. Jeder Strafverfügung habe damit zwingend ein Strafbescheid voranzugehen, welcher wie ein Strafbefehl auf summarischer Grundlage getroffen werden könne. Die Strafverfügung müsse dagegen – einem erstinstanzlichen Urteil ähnlich – auf einer umfassenden Grundlage beruhen und werde in einem kontradiktorischen Verfahren erlassen. Der Erlass eines Strafbescheids nach Art. 64 VStrR weise somit Parallelen zum Strafbefehl auf. Die in Art. 70 VStrR geregelte Strafverfügung sei hingegen im Ergebnis einem gerichtlichen Entscheid gleichzustellen. Im Urteil 6B_775/2009 vom 18. Februar 2010 entschied das Bundesgericht, dass auch eine Strafverfügung nach dem kantonalen Strafprozessrecht als ein erstinstanzliches Urteil anzusehen sei, wenn sie auf einer umfassenden Grundlage beruht und in einem kontradiktorischen Verfahren erlassen wird (E. 2.1).

In BGE 139 IV 62 erwog das Bundesgericht, dass in Fällen des Verwaltungsstrafrechts, in welchen das Einspracheverfahren nach Art. 71 VStrR übersprungen wird, nicht der Strafbescheid (Art. 64 VStrR), sondern das erste Urteil im gerichtlichen Verfahren (Art. 73 ff., Art. 79 VStrR) als erstinstanzliches Urteil im Sinne von Art. 97 Abs. 3 StGB zu qualifizieren sei, nach dessen Ausfällung vor Ablauf der Verjährungsfrist die Verjährung nicht mehr eintritt (E. 1.4.5). Ob dies folgerichtig auch gelte, wenn nach dem Strafbescheid eine Strafverfügung ergeht und die Rechtsprechung in diesem Sinne zu ändern wäre, liess das Bundesgericht offen (E. 1.4.6).

1.2.2. Am 1. Januar 2011 ist die Schweizerische Strafprozessordnung (StPO) in Kraft getreten. Diese regelt einheitlich, dass ohne gültige Einsprache der Strafbefehl zum rechtskräftigen Urteil wird (Art. 354 Abs. 3 StPO). Die Einsprache ist kein Rechtsmittel, sondern ein Rechtsbehelf. Wird sie erhoben, fällt der Strafbefehl dahin (BGE 140 IV 82 E. 2.6; DAPHINOFF, Das Strafbefehlsverfahren in der Schweizerischen Strafprozessordnung, 2012, S. 553 f.). Einem Strafbefehl, gegen welchen Einsprache erhoben wurde, fehlt demnach die Urteilsqualität. Unabhängig davon, ob nach Einspracheerhebung weitere Untersuchungen stattfinden, kann ein solcher Strafbefehl kein «erstinstanzliches Urteil» im Sinne von Art. 97 Abs. 3 StGB sein. Bereits die Botschaft des Bundesrates vom 21. September 1998 zur Änderung des Strafgesetzbuches hielt in diesem Sinne fest, dass als «erstinstanzliches Urteil» auch ein Strafbefehl gilt, das nicht Gegenstand einer Einsprache war (BBl 1999 II 1979, 2134). *E contrario* trifft dies nicht für Strafbefehle zu, gegen welche Einsprache erhoben wurde (KOLLY, in: Commentaire romand, Code pénal I, 2009, N. 65 zu Art. 97 StGB; ZURBRÜGG, in: Basler Kommentar, Strafrecht I, 3. Aufl. 2013, N. 58 f. zu Art. 97 StGB). Im Übrigen ist der Erlass eines Strafbefehls ausgeschlossen, wenn die Voraussetzungen von Art. 352 StPO nicht erfüllt sind. In solchen Fällen kann die Verjährung nicht vor dem ersten gerichtlichen Urteil enden. Die Annahme, dass in Strafverfahren, in welchen die Bedingungen von Art. 352 StPO erfüllt sind, bereits ein Strafbefehl die Verjährung unterbrechen kann, würde dazu führen, dass der Lauf der Verjährung bei leichteren Delikten früher enden kann als bei schwereren. Die bisherige Rechtsprechung in Bezug auf Strafverfügungen ausserhalb des Verwaltungsstrafrechts des Bundes trug den Besonderheiten des damals noch kantonalen Strafprozessrechts Rechnung und ist seit Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung nicht mehr anwendbar.

Die dreijährige Verfolgungsverjährung war bereits eingetreten, als das Bezirksgericht Zürich am 24. Juni 2014 sein Urteil fällte. Die Beschwerde ist demnach abzuweisen.

[...]

Commentaire:

I.1. L'arrêt 6B_680/2015 du 15.1.2016 traite de la prescription de l'action pénale, plus précisément dans le contexte d'une ordonnance pénale contre laquelle une opposition est valablement formée aux termes de l'article 354 CPP. Cet arrêt, publié entretemps au Recueil officiel sous la référence ATF 142 IV 11, pourrait avoir des répercussions pratiques importantes; il y sera revenu ci-après (cf. *infra* II.1). Il constitue par ailleurs le développement le plus récent d'une jurisprudence qui, sur le thème de la prescription, aura été marquée ces dernières années par certains revirements inattendus. On songe notamment ici à l'ATF 139 IV 62, à l'appui duquel le TF avait modifié sa pratique en lien avec l'art. 97 al. 3 CP, en décidant d'élargir aux jugements d'ac-



quittement le cercle des décisions qui interrompent le cours de la prescription de l'action pénale (voir l'analyse critique de MACALUSO, FP 2013, 68).

2. La question que le TF a été amené à trancher dans le cas d'espèce était celle de savoir si, comme le soutenait le procureur général du canton de Zurich, une ordonnance pénale rendue en application des art. 352 ss CPP est dans tous les cas assimilable à un «jugement de première instance» aux termes de l'art. 97 al. 3 CP, c'est-à-dire aussi dans l'hypothèse où elle fait l'objet d'une *opposition* valable selon l'art. 354 CPP. A l'appui de son recours, le procureur général du canton de Zurich invoquait notamment une jurisprudence du TF, 6B_775/2009 du 18.2.2010 (consid. 2.1), rendue avant l'entrée en vigueur du CPP, dont il découle qu'un prononcé pénal (*Strafverfügung*) rendu selon la procédure pénale cantonale vaut jugement de première instance, quand bien même il serait frappé d'opposition, pour autant que ledit prononcé repose sur une base complète et qu'il ait été rendu dans le cadre d'une procédure contradictoire.

3. C'est à juste titre, selon nous, que le TF aboutit, dans l'arrêt 6B_608/2015 ici commenté, à la conclusion que la jurisprudence susmentionnée ne saurait être maintenue suite à l'entrée en vigueur du CPP. Il faut se rappeler en effet que l'ordonnance pénale n'est pas un jugement, mais une *proposition de jugement* sommaire que le ministère public adresse au prévenu et que ce dernier est libre d'accepter ou de refuser en formant opposition (ATF 140 IV 82 consid. 2.6; JEANNERET/KUHN, Précis de procédure pénale, Berne 2013, n° 17002). En cas d'opposition, l'ordonnance pénale est *mise à néant avec effet ex tunc*; elle cesse alors d'avoir existé comme prononcé ayant une portée juridictionnelle (PIQUERREZ/MACALUSO, Procédure pénale suisse, 3^e éd., Zurich 2011, n° 1734; TF, arrêt 6B_495/2014 du 6.10.2014 consid. 2.4). A noter également qu'il importe peu, de ce point de vue, que l'opposition ne constitue pas une voie de recours (*Rechtsmittel*) au sens strict (en particulier aux termes des art. 379 ss CPP), mais un *moyen de droit* (*Rechtsbehelf*) qui permet de déclencher la procédure judiciaire ordinaire (ATF 140 IV 82 consid. 2.6; DENYS, Ordonnance pénale: questions choisies et jurisprudence récente, SJ 2016 II 125; RIKLIN, in: NIGGLI/HEER/WIPRÄCHTIGER [édit.], BSK StPO, 2^e éd., Bâle 2014, art. 354 n° 4). Que l'opposition soit considérée comme une voie de recours (au sens large) ou non, il n'en demeure pas moins qu'elle conduit à la «rétractation» de l'ordonnance qui en est frappée: une fois que la validité formelle de l'opposition a été constatée par le tribunal (art. 356 al. 2 CPP), il ne subsiste plus rien de la décision initiale. Comme le souligne le TF (consid. 1.2.2), il manque ainsi à l'ordonnance pénale frappée d'opposition les caractéristiques d'un jugement, peu importe d'ailleurs à cet égard que des preuves complémentaires soient le cas échéant administrées par le ministère public, en vertu de l'art. 355 CPP, dans le prolongement de l'ordonnance.

4. A ces considérations s'ajoutent également, selon le TF (consid. 1.2.2), des impératifs d'*égalité de traitement* entre justiciables, notamment par rapport aux situations où les conditions de l'art. 352 CPP ne sont pas remplies et donc où une ordonnance pénale n'entre pas en ligne de compte, eu égard en particulier à la gravité de l'infraction considérée. Car s'il fallait suivre la solution préconisée par le procureur général du canton de Zurich à l'appui de son recours, cela reviendrait à favoriser ceux qui sont poursuivis à raison d'infractions plus graves (i.e. hors champ d'application de l'art. 352 CPP), pour lesquelles il faudrait en effet patienter jusqu'au jugement rendu par le tribunal de première instance pour voir le cours de la prescription être interrompu sous l'angle de l'art. 97 al. 3 CP.

5. Le cas de figure de l'ordonnance pénale *non valable frappée d'opposition* ne soulève en revanche pas de difficulté particulière, dans la mesure où l'art. 354 al. 3 CPP l'assimile expressément à un jugement entré en force, lequel interrompait la prescription de l'action pénale (voir déjà Message du 21 septembre 1998 concernant la modification du Code pénal suisse, FF 1999 II 1940 s.). L'entrée en force prend effet à la date à laquelle l'ordonnance pénale a été rendue (art. 437 al. 2 CPP; SPRENGER, BSK StPO, art. 437 n° 16).

II.1. L'importance pratique de la jurisprudence 6B_608/2015 du 15.1.2016 est indéniable, vu le large spectre des infractions couvertes par l'art. 352 CPP et le rôle central aujourd'hui reconnu à l'ordonnance pénale, en tant que mode de juger applicable à l'essentiel des affaires de petite et moyenne délinquance (JEANNERET/KUHN, n° 17001). Selon certaines sources, plus de 90% des affaires non classées seraient ainsi réglées par ce biais en Suisse (RIKLIN, BSK StPO, Vor Art. 352–356 n° 2).

2. Concrètement et comme le démontre du reste l'affaire portée devant le TF, les effets de la jurisprudence précitée se feront surtout ressentir en matière de *contraventions*, dont la poursuite se prescrit en principe après trois ans déjà (art. 109 CP). La pertinence de l'arrêt 6B_608/2015 ne se limite d'ailleurs pas aux ordonnances pénales qui émanent du ministère public, mais elle s'étend évidemment aussi aux ordonnances pénales rendues par une autorité administrative (à l'instar du Service des contraventions à Genève), à laquelle la poursuite et le jugement des contraventions aurait été déléguée sur la base de l'art. 357 CPP. On rappellera en outre que la procédure d'ordonnance pénale n'est pas réservée aux infractions de degré contraventionnel; elle entre aussi en ligne de compte en présence d'un délit, voire d'un crime (GILLIÉRON/KILLIAS, in: KUHN/JEANNERET [édit.], Commentaire romand, Code de procédure pénale suisse, Bâle 2013, art. 352 nos 13 s.).

III.1. Un dernier point qui mérite d'être abordé ici est celui des répercussions que l'arrêt 6B_608/2015 du 15.1.2016 pourrait avoir en *droit pénal administratif*. En effet, la jurisprudence invoquée en l'espèce par le procureur

général du canton de Zurich à l'appui de son recours (arrêt 6B_775/2009 du 18.2.2010 consid. 2.1; voir aussi l'arrêt 6B_927/2008 du 2.6.2009 consid. 1, auquel ce dernier renvoie) était elle-même directement calquée sur la pratique développée par notre Haute Cour sous l'angle de la loi fédérale sur le droit pénal administratif (DPA) du 22 mars 1974.

2. En bref, selon cette pratique, instaurée par l'ATF 133 IV 112 (consid. 9.4.4), le prononcé pénal (*Strafverfügung*) de l'art. 70 DPA (c'est-à-dire la décision pénale rendue, ensuite d'une opposition formée contre un mandat de répression, par l'administration fédérale compétente pour juger d'une infraction relevant du DPA) est assimilé à un jugement de première instance et partant interrompt la prescription de l'action pénale, indépendamment d'une éventuelle demande de jugement par le tribunal (art. 72 DPA), au motif qu'il reposerait sur une base étayée (*umfassende Grundlage*), serait rendu dans le cadre d'une procédure contradictoire et doit être motivé (art. 70 al. 2 DPA) (EICKER/FRANK/ACHERMANN, *Verwaltungsstrafrecht und Verwaltungsstrafverfahrensrecht*, Berne 2012, 280 s.). Le TF estime que le droit pénal administratif confère des droits procéduraux étendus à l'accusé et souligne, à cet égard, que le prononcé pénal succède nécessairement à un mandat de répression (art. 64 DPA), lequel doit être reconsidéré par l'administration (art. 69 DPA) en cas d'opposition (art. 67 DPA). A l'inverse, le mandat de répression frappé d'opposition ne vaut pas jugement de première instance et ne suffit pas à interrompre la prescription (cf. art. 67 al. 2 DPA *a contrario*), dès lors qu'il est rendu sur une base sommaire et en principe sans motivation (art. 64 al. 2 DPA). Dans un ATF 139 IV 62 (consid. 1.4.5), le TF a confirmé cette jurisprudence et précisé que la qualité de jugement de première instance devait être déniée au mandat de répression frappé d'opposition non seulement dans l'hypothèse où il débouche sur un prononcé pénal, mais également lorsque l'opposition formée contre le mandat de répression est traitée, à la requête ou avec l'assentiment de l'opposant, comme une demande de jugement par le tribunal (art. 71 DPA) et qu'aucun prononcé pénal n'est donc rendu. Dans un tel cas de figure, la prescription de l'action pénale n'est interrompue qu'avec le jugement de première instance rendu par le tribunal, au terme de la procédure judiciaire.

3. Il découle de ce qui précède que l'interruption de la prescription de l'action pénale fait aujourd'hui l'objet d'un traitement à double géométrie variable. D'une part, en droit pénal administratif, l'interruption n'intervient pas au même moment selon qu'un prononcé pénal a, ou non, été rendu en amont de la saisine du tribunal (ZURBRÜGG, in: NIGGLI/WIPRÄCHTIGER [édit.], *Basler Kommentar, Strafrecht I*, 3^e éd., Bâle 2013, art. 97 n° 62). D'autre part, vu l'arrêt 6B_608/2015 du 15.1.2016, l'approche est désormais différente selon le domaine concerné (droit pénal ordinaire ou administratif), alors même qu'on ne voit pas ce qui conceptuellement différencie une ordonnance pénale frappée d'op-

position (art. 354 CPP) d'un prononcé pénal rejeté par l'accusé qui demande à être jugé par un tribunal (art. 72 DPA). En outre, les modalités qui entourent la décision prise (droit d'être entendu du prévenu, exigences de motivation, etc.) sont comparables, le moyen d'opposition dont dispose le prévenu ne constitue pas une voie de recours au sens strict (EICKER/FRANK/ACHERMANN, 262) et la décision rejetée par le prévenu sert d'acte d'accusation dans les deux cas (cf. art. 356 al. 1 CPP et art. 73 al. 2 DPA) (BREMER, *Strafsanktionen gegen natürliche Personen im schweizerischen Kartellrecht, Entwicklungslinien der schweizerischen Kartellgesetzgebung*, Berne 2015, 17).

4. Cette double dichotomie nous paraît injustifiée et peu heureuse, notamment sous l'angle de la sécurité du droit et de l'égalité de traitement entre justiciables (voir aussi RIEDO/ZURBRÜGG, *Der Jetlag dauert an oder Neue Unwägbarkeiten im Recht der strafrechtlichen Verjährung*, PJA 2009, 372, 378 s.). Dans un *obiter dictum* de l'ATF 139 IV 62 (cf. consid. 1.4.6), le TF avait du reste lui-même laissé entrevoir la nécessité de revoir l'approche qui a cours en droit pénal administratif (cf. *supra* III.2). De notre point de vue, c'est l'effet du «recours» (au sens large) ouvert contre le prononcé pénal qui doit déterminer l'effet interruptif ou non de la prescription qui s'attache à ce prononcé. Lorsque cet effet est la «rétractation» du prononcé initial, comme c'est le cas pour l'opposition à l'ordonnance pénale, pour la demande de nouveau jugement en cas de condamnation par défaut (relief, art. 368 CPP; voir KOLLY, in: ROTH/MOREILLON [édit.], *Commentaire romand, Code pénal I*, Bâle 2009, art. 97 n° 64 et les références citées) ou pour la demande de jugement par un tribunal faisant suite au prononcé pénal de l'administration fédérale aux termes de l'art. 72 DPA, le prononcé initial ne subsiste plus comme décision ayant une portée juridictionnelle. Tout au plus, ce prononcé est-il transformé en acte d'accusation, comme c'est le cas de l'ordonnance pénale, mais aussi du prononcé pénal de l'administration fédérale frappé d'une demande de jugement par le tribunal (cf. art. 356 al. 1 CPP et art. 73 al. 2 *in fine* DPA). Il ne saurait dès lors s'attacher à une telle «non-décision» un quelconque effet de droit matériel, en particulier un effet interruptif de la prescription de l'action pénale. Compte tenu de la dernière évolution de la jurisprudence, telle que matérialisée par l'arrêt 6B_608/2015 du 15.1.2016, un alignement «transversal» des solutions nous semble désormais *inéluçtable*, en ce sens qu'il convient de dénier aussi au prononcé pénal de l'art. 70 DPA la qualité de jugement de première instance susceptible d'interrompre le cours de la prescription de l'action pénale.

Alain Macaluso, Docteur en droit, Professeur à l'Université de Lausanne, Avocat au Barreau de Genève

Andrew M. Garbarski, Docteur en droit, Chargé de cours à l'Université de Lausanne, Avocat au Barreau de Genève ■

